

TOP 1 - Aktuelle Stunde

Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
"Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Einigung über
das EU-Klimapaket?"
Drs. 14/8126

in Verbindung
Antrag der Fraktion der SPD
„Einigung in Brüssel beim Klimaschutz stärkt Energie- und Industrieland
NRW“
Drs. 14/8127

in Verbindung
Eilantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
„Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in NRW endlich mit Nachdruck ausbauen“
Drs. 14/8128

Rede des
stellvertretenden Vorsitzenden der
SPD-Landtagsfraktion
Norbert Römer

anlässlich
der Plenarsitzung am 18. Dezember 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Die Würfel sind gefallen, die Entscheidung über die Ausgestaltung des Emissionshandels ab 2013 steht.

Für das Energie- und Industrieland NRW sind vier Punkte des EU-Klimapaketes besonders wichtig:

1. Die Klimaschutzziele werden eingehalten. Damit wird das Klima geschützt und NRW kann die Chancen auf dem boomenden Markt der Erneuerbaren Energien nutzen. Die SPD hat dies immer gefordert und unterstützt. Die Klimaskeptiker in Reihen der Union sind mit dem Versuch gescheitert, den Klimaschutz unter dem Vorwand der Finanzkrise aufs Abstellgleis schieben zu wollen.
2. Energieintensive Industriebranchen wie Zement und Stahl erhalten die CO₂-Zertifikate kostenlos, wenn sie die klimafreundlichste Technik einsetzen. Das sichert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Arbeitsplätze. Die SPD hat dies von Anfang an gefordert. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat dazu mit der IG Metall frühzeitig eine gemeinsame Position entwickelt und erfolgreich in Berlin und Brüssel vertreten.
3. Die Vollauktionierung in der Stromwirtschaft wurde beschlossen. Nichts anderes konnte die Lehre aus der laufenden zweiten Handelsperiode sein. Die Vollauktionierung ist vernünftig, weil die großen Energiekonzerne schon heute die bislang kostenlos erhaltenen Zertifikate über den Strompreis von ihren Kunden bezahlen lassen. Es gibt also zukünftig keinen Grund für Preiserhöhungen mit Hinweis auf den Emissionshandel. Die Versuche der Regierung Rüttgers, hier Geschenke an einzelne Konzerne zu machen, sind gescheitert.
4. Das Klimapaket gibt Planungssicherheit für die Energiewirtschaft. Alle Voraussetzungen, um das Kraftwerkserneuerungsprogramm jetzt zeitnah umzusetzen, sind gegeben. Hinzu kommt, dass mit dem Klimapaket Investitionszuschüsse für diejenigen Stromproduzenten ermöglicht werden, die auf neue hocheffiziente Kraftwerke setzen. Wir haben genau diese Investitionszuschüsse für neue Anlagen immer gefordert. Die CDU war dagegen. Diese Fördermöglichkeiten stehen großen und kleinen Energieversorgern

gleichermaßen offen, die in Kraft-Wärme-Kopplung oder Kondensationskraftwerke mit besonders hohen Wirkungsgraden investieren wollen. Sie sind eine Chance für neue Marktteilnehmer und damit für mehr Wettbewerb.

Mit diesen vier Eckpunkten ist klar:

Die Bundeskanzlerin hat konsequent die Position der großen Koalition vertreten und die Vollauktionierung in der Stromwirtschaft durchgesetzt. Damit ist die Regierung Rüttgers auf ganzer Linie gescheitert.

Der Ministerpräsident ist so vorgegangen, wie wir es von ihm gewohnt sind. Erst ist er feige, dann macht er Symbolpolitik.

Wie war es auf dem Bundesparteitag der CDU? Genau hier hätte doch der Landesverband des Energielandes NRW seine Stimme erheben müssen, um seine Position in der Bundes-CDU durchzusetzen.

Fehlanzeige - kein einziger Antrag aus NRW zur Energie- und Klimapolitik:

Kein Braunkohlen-Benchmark, keine kostenlosen Zertifikate für die Energiewirtschaft, keine Bremsversuche an der Klimapolitik der Bundeskanzlerin. Keine einzige politische Initiative!

Der Parteitag der CDU geht zu Ende, ohne dass der Ministerpräsident die Deckung verlassen hätte.

Dann kommt die Woche der Entscheidung:

Alle wussten, dass der europäische Ministerrat am 11. und 12. Dezember den Sack zumachen würde.

Alle wussten das. Aber am 11. Dezember schreibt der Ministerpräsident der Kanzlerin noch schnell einen Brief. Da konnte er nämlich sicher sein, dass sein Brief Frau Merkel vor dem Gipfel nicht mehr erreichen würde. Tolle Leistung.

Am 12.12 dann die Entscheidung in Brüssel: kein Benchmark, keine Ausnahmen für die deutschen Stromkonzerne, stattdessen Vollauktionierung – eine 100-prozentige Niederlage der Landesregierung.

Ja, Frau Thoben, ich habe Ihnen das immer wieder gesagt: Sie reiten ein totes Pferd, steigen Sie endlich ab. Sie haben das ignoriert. Sie sind starrsinnig auf dem toten Pferd sitzen geblieben. Jetzt hat die Bundeskanzlerin höchst selbst Sie von diesem toten Pferd geschubst und sie sind hart auf dem Boden der Wirklichkeit aufgeprallt. Eine tolle Leistung.

Der Ministerpräsident teilt dann der Presse mit, dass dieses Ergebnis NRW schaden wird. Welche Konsequenzen die Landesregierung aus dem nicht überraschenden Ergebnis ziehen will, verrät er uns nicht. Anstatt zu handeln und zu regieren, nörgelt er rum. Ich bin gespannt, was uns gleich noch an Nörgelei zugemutet wird.

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits im September eine klare Position in den Landtag eingebracht (Drs. 14/7450):

Wir haben die Bundeskanzlerin dabei unterstützt, sich für eine Vollauktionierung in der Stromversorgung einzusetzen. Wir haben mit Sigmar Gabriel gemeinsam dafür gekämpft, dass ein Teil der Erlöse in ein Investitionsprogramm zum Austausch veralteter Kraftwerke gepackt werden kann. Wir haben uns damit durchgesetzt.

Damit ist eine gute Grundlage für Neuinvestitionen in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden. Gute Chancen für neue Marktteilnehmer und für mehr Wettbewerb und gute Chancen für mehr Energieeffizienz, weniger CO₂-Emissionen und damit für mehr Klimaschutz. Und alles musste gegen diese Landesregierung durchgesetzt werden. Diese Landesregierung war kilometerweit von der Position der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin entfernt. Das Fazit: Die Regierung Rüttgers ist auf der ganzen Linie gescheitert. Sie hat NRW energie- und klimapolitisch von der Lokomotive in das Bremserhäuschen manövriert. Die Landesregierung hat den Interessen von Nordrhein-Westfalen geschadet.

Anrede,

die SPD steht zum Energie und Industrieland NRW. Wir wissen, dass von interessierter Seite versucht wird, uns für unsere Position zum Emissionshandel dazu zu missbrauchen, Keile zu treiben. Dies werden wir nicht zulassen. Wir stehen fest an der Seite der Kollegen in den Revieren. Wir wollen, dass Steinkohle und Braunkohle in NRW eine gute Zukunft haben. Wir wissen, dass die Kumpel in der Steinkohle und Braunkohle hart und gut arbeiten. Sie können sich auf uns verlassen.

Wir sind sicher, dass der Emissionshandel diese Arbeitsplätze nicht gefährdet. Zwei konkrete Gefahren sehen wir allerdings:

Erstens:

Im letzten Jahre wurden bei einer Umfrage die Deutschen gebeten, ausgewählten Branchen Noten zu geben. Auf den letzten beiden Plätzen:

die Stromversorger und die Mineralölkonzerne. Dies haben weder der Kraftwerksmeister in Neurath noch der Baggerführer in Garzweiler zu verantworten.

Hier sind die Vorstände verantwortlich. Hier wird auf dem Rücken der Kollegen Vertrauen verspielt.

Nur zwei Beispiele:

Das Ökoinstitut hat in einer Studie berechnet, dass RWE durch die Einpreisung von Zertifikaten mit Zusatzeinnahmen in Höhe von 9,0 Milliarden Euro im Zeitraum von 2008 bis 2012 rechnen kann. Uns dies in einer Situation, in der die Gewinne schon in den Vorjahren explodiert sind.

Wir können gerade in Zeiten der Krise nicht zulassen, dass auf der einen Seite die Stromkonzerne Extragewinne einfahren und auf der anderen Seite Firmen wie der Aluminiumhersteller Trimet durch überhöhte Strompreise in den Ruin getrieben werden.

Die Gewinne sind in der Tat explodiert. Verbraucher und Industrie sollen die Zeche zahlen. Es überrascht nicht, dass der Vorstand von RWE Power möchte, dass dies so bleibt.

Es überrascht auch nicht, dass die Stromkonzerne deshalb bei den Menschen so unbeliebt sind.

Ein zweiter Punkt: Ein dramatischer Akzeptanzverlust der Braunkohle bei den Menschen im rheinischen Revier.

Wieder trifft die Kollegen in den Betrieben keine Schuld.

Wieder gefährdet der Vorstand eine langfristig gute Entwicklung.

Nur zur Erinnerung: 1994 wurde mit der Genehmigung Garzweiler II das Kraftwerkserneuerungsprogramm vereinbart. Der erste neue BoA-Block ist lange fertig gestellt. Vereinbart war, Zug um Zug entsprechende Kapazitäten außer Betrieb zu nehmen.

Dies ist nicht geschehen:

Nicht in der ersten Handelsperiode des Emissionshandels bis 2007, als die Stromkonzerne die Zertifikate in einem solchen Überfluss geschenkt bekamen, dass die Preise auf zuletzt ein paar Cent zusammengebrochen sind.

Nicht in der zweiten Handelsperiode. Hier sagt Herr Lambertz sogar, dass er wegen des Emissionshandels die Uraltblöcke in Frimmersdorf nicht abschalten könne. Die Zertifikate sind überwiegend kostenlos.

Jetzt sind die Verhandlungen für die 3. Handelsperiode gerade abgeschlossen. Dies nimmt Herr Lambertz zum Anlass, das Kraftwerkserneuerungsprogramm in Frage zu stellen. Wohl auch, um mit abgeschriebenen Uraltblöcken weitere Zusatzgewinne einzufahren. Wohl auch, um den Druck auf die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu erhöhen.

Wir werden ihm dies nicht durchgehen lassen. Wir sind es den hart arbeitenden Kollegen und Kollegen bei RWE schuldig, dass wir eine langfristige Akzeptanz erreichen. Wir wollen, dass die Braunkohle wie die Steinkohle in NRW eine gute Zukunft haben. Das geht nicht gegen die Menschen.

Dazu müssen wir mit der besten Technik vorweggehen. Dazu müssen Unternehmensvorstände mit einer glaubhaften Unternehmenspolitik für Vertrauen in Großprojekte wie CCS und eine CO₂-Pipeline werben.

Die unmissverständliche Entscheidung zum Emissionshandel ist ein klares Signal. Ich hoffe, dass in der Konzernzentrale in Essen und bei der Regierung Rüttgers dieses klare Signal aus Brüssel und Berlin angekommen ist.